



öffentlich

**Betreff:**

Fahrradabstellflächen im Hauptbahnhof

**Einreicher:** Gruppe Die Andere

Erstellungsdatum 21.09.2010

Eingang 902: \_\_\_\_\_

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.10.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Eigentümer des Parkhauses im Hauptbahnhof Gespräche aufzunehmen, um die Möglichkeit zu erörtern, einen Teil der jetzigen Auto-Parkplätze künftig als Abstellmöglichkeiten für Fahrräder zu nutzen.

Über das Ergebnis der Gespräche sind die Stadtverordneten im Dezember 2010 zu unterrichten.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium: \_\_\_\_\_

Sitzung am: \_\_\_\_\_

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Seit Jahren besteht am Potsdamer Hauptbahnhof ein erheblicher Mangel an Abstellmöglichkeiten für Fahrräder. Mehrfach befassten sich die Stadtverordneten mit dem Thema. Auch in Leserbriefen und dem Bürgerhaushalt wird immer wieder auf die fehlenden Fahrradstellplätze hingewiesen. Da in Potsdam derzeit erfreulicherweise einige Aktivitäten zur Erhöhung des Radfahreranteils am Verkehrsaufkommen unternommen werden und die Stadt Potsdam weiter wächst, besteht dringender Handlungsbedarf.